

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die bayerische Kabinettsbildung. Die Antrittsrede Verchenfelds.

München, 23. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der ganze gestrige Tag war ausgefüllt mit Beratungen der Fraktion und des interfraktionellen Ausschusses der Koalitionsparteien. Während nach der Haltung der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen) am Tage vorher anzunehmen war, daß sie nicht mehr darauf rechne, in das neue Kabinett einzutreten, hat sie gestern neuerdings erklärt, daß sie dazu bereit wäre, doch stellte sie eine Reihe Bedingungen, u. a. folgende: Roth müsse Justizminister bleiben, Pöschner müsse Polizeipräsident bleiben, die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes müsse gesichert werden. Dieses neue Angebot der Deutschnationalen rief neue Verwirrung hervor. Innerhalb der bayerischen Volkspartei kam es zu Meinungsverschiedenheiten über die deutschnationalen Forderungen. Demokraten und Bauernbund erklärten sie für unannehmbar. Und als Ministerpräsident Graf Verchenfeld die Erklärung in der bayerischen Volkspartei abgab, daß er mit dem Minister Roth kein Kabinett bilden wolle, da war auch für die bayerische Volkspartei die Entscheidung gefallen.

Nachmittags um 5 Uhr sollte der Landtag zusammentreten, um die Programmrede Verchenfelds entgegenzunehmen. In dieser Sitzung sollte sich auch das neue Kabinett vorstellen. Aber die Beratungen waren um 6 Uhr noch nicht zu Ende. Es war noch keine Entscheidung gefallen. Nach 6 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Der Präsident stellte mit, daß der Fraktionsvorsitzende der bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Heide vier Wochen Krankheitsurlaub genommen habe. Hierauf beantragte der zweite Vorsitzende der Volkspartei-Fraktion, Abgeordneter Stang Vertagung der Sitzung bis 10 Uhr. Unter schallender Beifall der Linken und der überfüllten Tribüne wurde sie beschloffen. Die Beratungen der Koalitionsparteien und der Fraktionen gingen weiter, um 10 Uhr wurde den Deutschnationalen mitgeteilt, wegen des sachlichen Inhalts der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Hilpert (deutschnational) und aus Gründen, die in der Person des zum Justizminister vorgeschlagenen Herrn Roth lägen, müsse eine Beteiligung der bayerischen Mittelpartei an der Koalition abgelehnt werden. Damit sind die Deutschnationalen endgültig aus der bayerischen Koalitionsregierung ausgeschlossen. Um 10 Uhr begann die Sitzung des Landtages. Ministerpräsident Verchenfeld übernahm zugleich das Justizministerium. Der bisherige Staatssekretär Dr. Schwene übernahm das Ministerium des Innern. Die übrigen Minister der bisherigen Koalition verbleiben auch im neuen Kabinett. Ministerpräsident Verchenfeld hielt eine kurze Programmrede, in der er u. a. ausführte, daß er die Grundlagen der bisherigen Politik nicht verlassen werde. (Hört, hört! links.) Was Kahr für sein Vaterland bedeute, das werde einst die Geschichte beurteilen (Sehr richtig! links). Die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, werde er bemüht sein und mit allen Mitteln Störungen der staatlichen Ordnung entgegenzutreten, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Wichtigster erscheint, was der Ministerpräsident über das Verhältnis Bayerns zum Reich ausführte. Die Treue zum Reich stehe bei ihm unverbrüchlich fest. Das Reich könne er sich nur föderativ vorstellen. Ein übertriebener Antirainismus und Zentralismus widerstrebe der Geschichte und den natürlichen Grundlagen des Reiches, die auf dem staatlichen Eigenleben der Länder beruhe. Die Interessen von Reich und Ländern erfordere die sorgfältige Pflege dieses staatlichen Eigenlebens, vor allem die Wahrung der nach der Reichsverfassung den Ländern zustehenden Rechte. Im Verkehr mit dem Reich werde er reges persönliches Einvernehmen mit den leitenden Reichsstellen unterhalten. Er hoffe, damit Reibungen möglichst zu vermeiden und ein neues gegenseitiges Vertrauen herzustellen (Beifall). Die Verhandlungen wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes werde er sobald auf der Grundlage des Ausschusses des ständigen Ausschusses vom 11. September wieder aufnehmen. (Es handelt sich um den Beschluß, den Ministerpräsident v. Kahr geändert haben wollte, weil er den Ausnahmezustand nicht sofort aufheben wollte.) Seine Politik werde er leiten lassen vom Gedanken der sozialen Versöhnung. An die Linke richtete er die dringende Bitte, mit ihm zusammenzuarbeiten. Seine Tür stehe jederzeit jedem offen, ohne Unterschied der Partei.

Wenn der Ministerpräsident Verchenfeld in seiner Programmrede auch noch Konzessionen an den rechten Flügel der bayerischen Volkspartei machen mußte und versicherte, daß er die Grundlagen der bisherigen Politik in Bayern nicht verlassen werde, so klang doch durch seine ganzen Ausführungen nicht mehr der stierische, unbeugsame Ton des Ministerpräsidenten v. Kahr. Vor allem darf gesagt werden, daß Bayerns Beziehungen zum Reich eine Besserung erfahren werden. Im übrigen müssen erst die Taten der neuen Regierung abgewartet werden, um beurteilen zu können, was sie unter einer Politik des sozialen Ausgleiches verstanden wissen will. Jedenfalls sind die Deutschnationalen, insbesondere der Justizminister Dr. Roth aus der Regierung endgültig ausgeschieden. Das dürfte auch eine baldige Erledigung der Polizei-

präsidenten-Praxis des Herrn Pöschner zur Folge haben, wenn darüber auch noch einige Wochen vergehen sollten.

## Graf Verchenfeld, Mitglied der bayerischen Volkspartei.

München, 23. September. (TL.) In der Bayer. Staatsztg. wird mitgeteilt, daß Graf Verchenfeld, der neue Ministerpräsident, an der Gründung der Bayerischen Volkspartei beteiligt war und Mitglied dieser Partei ist.

## Die Haftentlassung des Genossen Fischer abgelehnt.

München, 23. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtags wurde ein Antrag der KPD auf Haftentlassung des Genossen Fischer gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Es handelt sich hier jedoch um eine Zusatzmehrheit (10 gegen 9), da die Mittelpartei, die zweifellos gegen den Antrag gestimmt hätte, durch eine Fraktionslösung an der Teilnahme zur Sitzung verhindert war. In der Plenarsitzung wurde denn der Antrag auf Haftentlassung auch mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und Mittelpartei abgelehnt. Demokraten, Bauernbund und die sozialistischen Parteien hatten für den Antrag gestimmt.

An der Praxis des bayerischen Landtags hat sich somit, auch nach der Verjüngung der Koalition, nichts geändert. Die Kahrpolitik bleibt auch weiterhin Trumpf.

## Ein wackelnder Kommunist Bezirksleiter und Agent der Unternehmer.

Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Bremen wird der Freiheit gemeldet: Die Direktion der Aktiengesellschaft Weser, auf der die Bremer Kommunisten ihren größten Anhang haben, versucht mit allen Mitteln die Einheitsfront der Streikenden zu durchbrechen. Sonntag und Montag wurde in der Stadt ein anonymes Flugblatt verbreitet, das Wille Beschimpfungen gegen die Führung der streikenden Arbeiter und die Aufforderung enthält, so schnell wie möglich den Streik abzubrechen. Es schien klar ersichtlich, daß dieses Flugblatt ein Werk von Unternehmenseite war. Gestern ist der Verfasser dieses Spieglwerks entlarvt worden. Es ist der Bezirksleiter der KPD, der Fraktionsvorsitzende der Bremer Bürgerpartei-Fraktion der KPD, und der verantwortliche Redakteur der Roten Fahne Nordwest, Banasiewicz. Der Mann ist von dem Direktor der Aktiengesellschaft Weser beauftragt worden und hat in dessen Auftrag mehrere Flugblätter gegen die streikenden Werftarbeiter verfaßt. Er ist bereits aus Bremen geflohen und gestern von der KPD ausgeschlossen worden. Eine Veranlassung der streikenden Arbeiter beschloß mit Mehrheit, den Streik solange fortzusetzen, bis die Direktion den Arbeitern annehmbare Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gemacht hat. Die Erregung über den Verrat des Kommunistenführers ist unter der Arbeiterschaft ungeheuer groß.

## Die zu weit gehenden Pläne.

Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Berliner Korrespondent des Daily Express befragte Krassin über den angeblichen Zusammenbruch des Kommunismus. Krassin erklärte, von einem Bankrott sei nicht die Rede, nur sei Rußland vorläufig gezwungen, seine zu weitgehenden Pläne etwas einzuschränken. Die russischen Kommunisten verzeigten sich, daß im Augenblick mit einer Revolution in den europäischen Ländern nicht zu rechnen sei. Zwei Gründe lägen vor für die vorläufige Einschränkung der bolschewistischen Propaganda, nämlich die Opposition der ausländischen Kapitalisten und die internen Schwierigkeiten.

Schischterin erklärte in einer Note an die britische Regierung, eine allgemeine internationale Kommission zur Untersuchung der russischen Hungersnot könne in Rußland nicht zugelassen werden. Die russische Regierung sei jedoch bereit, in unmittelbare Besprechungen mit jeder Regierung einzutreten, die wirklich das Ziel verfolge, den von der Hungersnot Heimgekehrten zu helfen und wolle allen solchen Wünschen entgegenkommen.

## Auf dem Wege zum Frieden in Kleinasien?

London, 23. September. (TL.) Die Daily Mail melden aus Athen, daß die griechische Regierung England die Bedingungen bekanntgegeben hat, unter denen sie Frieden mit der Türkei schließen würde. Andererseits soll England Mustafa Kemal Pascha einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet haben, den dieser angenommen habe.

## Der Rückzug der Griechen.

Konstantinopel, 21. September. Nachrichten aus Konia istischer Quelle zufolge ist die besetzte Vinko von Ghumuel-Hane-Nihalidist von den Türken genommen worden. Die türkischen Abteilungen verfolgen im Norden und Süden die Griechen. Anscheinend beabsichtigen die Griechen, die Stellung von Dsaj zu erreichen, um die Reste ihres Heeres zu retten.

## Gegen den Achtfundentag. Ein Gegenwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeit.

Die Revolution brachte als eine der größten Errungenschaften den achtfundentägigen Arbeitstag. Er wurde eingeführt durch eine Verordnung des ehemaligen Demobilisationsministers vom 23. November 1918, die in einer weiteren Verordnung vom 17. Dezember 1918 ihre Ergänzung erfahren hat.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß der Achtfundentag durch Gesetz verankert sei. Die oben angeführten Verordnungen, auf Grund deren der Achtfundentag Wirklichkeit geworden ist, gehören zu den Bestimmungen, die die wirtschaftliche Demobilisation erleichtern sollten, und die nach den neuerlichen Verordnungen am 31. März 1922 ihre Gültigkeit verlieren. Bei Erlass dieser Verordnungen hat sicher kein Mensch daran gedacht, daß der Achtfundentag jemals unter die vorübergehenden Maßnahmen gerechnet werden könnte. Aber seit jener Zeit ist das kapitalistische Unternehmertum immer mehr erstarkt und zu Einfluß gekommen, und es legt nun die Sache so aus, daß mit dem Schwinden der Demobilisationsvorschriften auch der Achtfundentag sein Ende zu finden hätte.

Seit Jahr und Tag rennt das Unternehmertum gegen den Achtfundentag an. Anfänglich wagte es nicht, offen vorzugehen. Da beschränkte es sich darauf, zu fordern, daß der Achtfundentag voll ausgenützt wird, d. h., daß die übliche 44- oder 45stündige Arbeitswoche eine Ausdehnung auf 48 Stunden erfährt. Später ging das Unternehmertum dazu über, die Forderungen „neu zu regeln“, d. h. deutsch, zu verkürzen. Unterstützt wurden die kapitalistischen Reaktionen treulich von der höheren staatlichen Bürokratie. In den Eisenbahnwerkstätten fing die Neuregelung der Arbeitszeit an, in den Bureaus und bei der Ferienzuzählung nahm sie ihren Fortgang. Auch durch das Einlegen von Überstunden wurde praktisch der Achtfundentag von den Unternehmern durchbrochen. Besonders im Bankgewerbe ist dieser Anflug zu hoher Wut gebracht worden. Sind doch die Bankangestellten durch Schließspruch gehalten, bis zu 15 Überstunden pro Woche zu leisten, was darauf hinausläuft, daß an Stelle der Achtfundentagswoche die Dreißigstundenswoche tritt. Nur dort, wo die Arbeiterschaft über festgesetzte, innerlich nicht geschwächte Organisationen verfügte, und wo sie fest entschlossen war, unter allen Umständen an dieser letzten Errungenschaft der Revolution festzuhalten, gelang es, die Angriffe der Unternehmer auf den Achtfundentag abzuwehren.

Doch mit dem bisher Erreichten geben sich die Unternehmern noch nicht zufrieden. Ihre Absichten gehen dahin, ganz allgemein den Achtfundentag durch den Neun- oder gar Zehnfundentag zu ersetzen, um so die Möglichkeit zu schaffen, die Mehrwertrate zu erhöhen.

Einen Anstoß bekamen die Bestrebungen der Unternehmer durch die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Lasten. So gering auch bisher die Belastung der Unternehmer durch Steuern ist, in Zukunft werden sie doch etwas schärfer zu den Lasten des Reichs herangezogen werden müssen. Und da wollen sie vorbeugen. Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit soll an Gewinn wieder hereingebracht werden, was den Kapitalisten als Steuern möglicherweise verloren geht.

Die Angriffe des Unternehmertums auf den Achtfundentag machen es dringend notwendig, daß endlich die provisorische Regelung des Arbeitstages abgelehnt wird durch ein ordentliches Gesetz, das den Achtfundentag als Maximalarbeitszeit normiert. Es ist klar, daß die dauernde Sicherstellung solcher Vorteile für die Arbeiterschaft weniger durch Gesetze, sondern immer nur durch die bewußte Einsetzung der gesamten Kräfte der Arbeiterklasse erreicht werden kann, aber immerhin stehen der Zertrümmerung eines vom Parlament geschaffenen Gesetzes durch eine reaktionäre Welle größere Schwierigkeiten entgegen als der Befestigung einer ihrer historischen Existenz nach so vieldeutigen Verordnungen mit begrenzter Gültigkeitsdauer. Ueberdies ist die Frage des Achtfundentages zu bedeutungsvoll, als daß sich die Arbeiterschaft mit dieser provisorischen Form der Erledigung zufriedengeben könnte.

Dieses dringend notwendige Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter liegt nun im Entwurf vor nach langen Vorbereitungen und unter Verlust saurer Schweißtropfen ist eine Vorlage zustande gekommen, die demnächst im Reichsrat und Reichswirtschaftsrat beraten werden wird.

Der erste Mangel des Entwurfs beruht darin, daß das Gesetz nur für gewerbliche Arbeiter Geltung haben soll. Ausgeschlossen werden die Angestellten, soweit sie nicht rein mechanische Arbeiten verrichten, ferner Heimarbeiter, Hausgehilfen, Krankenpflegepersonen und alle bei der Post und Bahn und im Verkehrs-gewerbe Tätigen, sofern es sich um Verkehrsmittel handelt, dem allgemeinen Verkehr dienen. Dagegen sollen Techniker und Werkmeister mit unter die Bestimmungen fallen. Der Entwurf vertritt also deutlich die Absicht, die Arbeiter von den Angestellten zu